

Interview mit Dr. Helge Lach, stellvertretender Vorsitzender des BDV, zu den angekündigten und vielfältig geplanten Umwälzungen des Sozialsystems und staatlicherseits im Fokus stehender Vermögensbildung:

Die Bundestagswahl steht vor der Tür. Die langjährige Bundeskanzlerin tritt nicht mehr an. Stehen wir, auch was die Finanzmärkte angeht, vor einem epochalen Politikwechsel?

Dr. Helge Lach "Ganz sicher nicht, weil die **Bundeskanzlerin** nicht mehr antritt. Sie stand und steht für Vieles, was in den letzten 16 Jahren politisch geschehen ist. Die Finanzmärkte wurden aber primär durch andere übergeordnete Faktoren bewegt: Die große **Finanzkrise** mit der Pleite der **Lehman-Bank**, die dramatische Erosion der Zinsen, die vor allem in Brüssel ausgelöste Regulierungsflut und die sich immer deutlicher abzeichnenden demografiebedingten Probleme der sozialen Sicherungssysteme."



Was wird sich ab September 2021 ändern?

Dr. Lach: "Das hängt natürlich und fast ausschließlich vom Ausgang der Wahlen ab, denn die Parteiprogramme könnten nicht unterschiedlicher sein, was die Finanzbranche angeht. Insoweit sind Prognosen nahezu unmöglich. Egal welche Parteien regieren, die Reform der sozialen Sicherungssysteme muss schnell und beherzt angegangen werden, die Zeit drängt. Denn in wenigen Jahren beginnt der Exodus der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben. Im Status Quo werden die Jüngeren die Renten nicht finanzieren können. Alle Parteien haben das als Schwerpunktthema in ihrem Programm."

Mit unterschiedlichen Lösungen?

Dr. Lach: "Natürlich. **SPD, Bündnis 90 / Die Grünen** und **Die Linke** sind sich einig. Sie setzen für die Zukunft noch viel mehr auf die gesetzliche Rente und wollen diese weiter ausbauen. Die Gegenfinanzierung soll je nach Partei aus Steuermitteln und damit wohl über noch mehr Schulden oder aber aus massiven Steuererhöhungen vor allem für mittlere und höhere



Einkommen finanziert werden. Das Problem der geburtenstarken Jahrgänge wird dadurch nicht gelöst, sondern deutlich vergrößert. Die **Union** hat große Sympathien für eine 'Generationenrente', nach der jedes Neugeborene aus Steuermitteln Geld für einen Aktienfonds erhält, der später der Rente dient. Auch das löst das Problem nicht, da positive Effekte frühestens in rund 40 Jahren eintreten würden. Außerdem würde die Bereitschaft der profitierenden jungen Menschen, noch privat vorzusorgen, wohl drastisch abnehmen. Die **FDP** will Teile der Beiträge zur gesetzlichen Rente abzweigen und das Geld aktienbasiert anlegen. Es gäbe also keine Zusatzbelastung für die Bürger, und das Umlageverfahren der gesetzlichen Rente würde entlastet werden. Aber auch diese **Aktienrente** baut sich ja nur langsam auf, hilft also nicht für die nächsten 20 oder 30 Jahre."

Summe summarum also keine guten Nachrichten?

Dr. Lach: "Eindeutig ist: Alle Parteien, vielleicht am wenigsten die **FDP**, wollen mehr Staat, wenn es um die Finanzierung der Sozialsysteme geht. Die private Finanzwirtschaft wird auf die Politik zugehen und diese von ihrer Leistungsfähigkeit überzeugen müssen. Ich bin sicher, dass sich dem nicht alle Parteien verschließen werden."

Und wie steht es mit der Vermögensbildung?

Dr. Lach: "Es ist ohne Zweifel richtig, dass die Menschen weg von zinsabhängigen Anlagen müssen, weil es keinen Zins mehr gibt und weil das Geld inzwischen durch Inflation real weniger wird. Der Weg dorthin ist zu definieren. Auch hier findet sich in fast allen Programmen 'mehr Staat', zum Beispiel in Form von aktienbasierten Staatsfonds oder von Obligationen. Wir fragen uns, wieviel den Bürgern noch vom Brutto abgenommen werden soll? Schon heute gehen fast 40% davon in das Sozialsystem. Deutschland hat mit die höchsten Steuern. Und jetzt noch zusätzlich 'Zwangsabgaben' für die Rente oder für den Vermögensaufbau? Die **FDP** schlägt vor, dass jeder Bürger im Alter einen einmaligen Steuerfreibetrag in Höhe von 50.000 € auf Kursgewinne und Dividenden erhält. Wir halten das für einen guten Vorschlag, denn damit werden die Bürger in die Eigenverantwortung genommen, sie behalten die Freiheit dazu, wie das Geld angelegt wird, und wer spart wird im Alter belohnt."

Und was wird aus den zurückliegenden Themen Provisionsdeckel und BaFin-Aufsicht?

Dr. Lach: "Die sind leider nicht vom Tisch. **Bündnis 90 / Die Grünen** und die **Linke** gehen sogar noch viel weiter. Die **Grünen** wollen Provisionen mittelfristig und die **Linke** sofort ganz abschaffen. Stattdessen sollen Honorarberater und Verbraucherzentralen den Menschen helfen, wenn es um Finanzen geht. Wie man sieht, kommt da ganz erhebliche Arbeit auf die Branche zu. Ich würde soweit gehen und behaupten, dass die kommende Wahl durchaus das Potenzial hat, je nach Ausgang in eine neue Epoche zu führen."

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

In Europas größter Informationsdienst-Verlagsgruppe...

...erscheinen die wöchentlichen Branchenbriefe:

steuerberater intern
immobilien intern
umsatzsteuer intern
Ihr Steuerberater
steuertip GmbH intern
EXCLUSIV (Schweiz)



Bank intern
kapital-markt intern
finanztip
versicherungstip
investment intern
inside track (USA)